

– Es gilt das gesprochene Wort –

## **Der Reichtum, die Unternehmer und ihre Stiftungen**

Impulsvortrag von Professor Dr. techn. Dr.-Ing. E. h. Berthold Leibinger  
Gesellschafter der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

bei der Vortragsveranstaltung der Deutschen Nationalstiftung

Baden-Württembergische Bank  
Stuttgart

21. Februar 2017

### **Begrüßung / Anrede**

#### **1. Vorbemerkung**

Gerechtigkeit ist für viele Menschen das wichtigste aller immateriellen Güter. "Soziale Gerechtigkeit", um es auf unser Thema zuzuspitzen. Dies gilt mit Nachdruck im wirtschaftlichen Bereich. Die Verteilung des in einer Gesellschaft Erarbeiteten oder auch nur Vorhandenen sei ungerecht, wird oft mit Nachdruck postuliert, die Grundanlage sei falsch, das System stimme nicht: Die Armen würden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Not werde durch unser gesellschaftliches System nicht gelöst, sondern manchmal sogar verstärkt.

Wir erleben die Debatte dazu, im politischen Raum in neuer Wucht – ohne dass etwas Neues dazugekommen wäre. Versuche, solches zu verbessern, gibt es aber seit alters her.

Thomas Morus, ein englischer Staatsmann und Humanist, hat schon im frühen 16. Jahrhundert ein Werk vorgelegt, in dem er den neuen gerechten Staat beschreibt: "De optimo statu rei publicae deque nova insula Utopia" – "Vom besten Zustand des Staates oder von der neuen Insel Utopia".

1516 ist dieses Buch erschienen, ein Jahr vor Luthers Thesenanschlag in Wittenberg. Es schildert – unter dem Eindruck der Entstehung der neuen Welt – am Beispiel einer fernen Insel Utopia, über die von einem Seefahrer berichtet wird, ideale Zustände auf dieser Insel weitab von Europa. Die Geschichte wird dem Autor Thomas Morus eben von jenem Seefahrer erzählt, der diese neue Welt erlebt hat – wohl zum Schutze des Autors heißt er Hythlodeus, oder deutsch "Schaumredner".

Zitat: "Wenn ich ganz offen meine Meinung kundgeben soll, mein lieber Morus", nimmt der vielgereiste Hythlodeus das Wort, "muss ich sagen, ich bin in der Tat der Ansicht, überall, wo es noch Privateigentum gibt, wo alle an alles das Geld als Maßstab anlegen, wird kaum jemals eine gerechte und glückliche Politik möglich sein, ....".

Und Hythlodeus erklärt dann, "der festen Überzeugung zu sein, das einzige Mittel, auf irgendeine gleichmäßige und gerechte Weise den Besitz zu verteilen und die Sterblichen glücklich zu machen, ist die gänzliche Aufhebung des Privateigentums."

Die Utopier arbeiten nur sechs Stunden, drei Stunden morgens und drei Stunden nach dem Mittagessen und zwei Stunden ausgiebiger Ruhe. Den Rest des Tages füllen sie mit literarischen Studien, hören Vorlesungen und schlafen ausgiebig. Utopia eben. Solches gedacht, geschrieben und publiziert in einer Zeit, als 14 bis 16 Stunden Arbeit, oft unter erbärmlichen Bedingungen, für die meisten Menschen die Regel war.

Die Idee des "idealen Staates" wurde in der Barockzeit oft wiederholt und in zahlreichen Variationen beschrieben. Dazu gab es reichlich Anlass. Der Maßlosigkeit des Absolutismus an den Fürstenthöfen Europas, u. a. manifestiert durch prunkvolle Schlossbauten, stand die fürchterliche Armut der meisten Menschen, vor allem der Bauern, gegenüber. Diese Zustände sollten durch den "idealen Staat" überwunden werden. Immer geht es um die gerechte, gleichmäßige Verteilung der Güter, die weitgehende Befreiung von dem Joch der Arbeit und um den gelassenen freien Umgang mit den Religionen, die gleichermaßen alle beglücken.

## 2. Geschichtliche Herleitung

Die Gleichheit aller fand natürlich auch im Christentum Resonanz. Der frühchristliche Gedanke, der an Pfingsten formuliert wird: "Alle aber, die gläubig waren geworden, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam" (Apostelgeschichte 2, 44), sprach dafür.

Im württembergischen Pietismus des 18. und frühen 19. Jahrhunderts führte dies zu Gründungen von "neuen" Gemeinden wie Korntal oder Wilhelmsdorf, die die frühchristlichen Gedanken aufgriffen. Die Brüdergemeinde Korntal etwa, von 68 Familien im Jahr 1819 gegründet, hatte das Hofgut der Herren von Münchingen und Görlitz mit etwa 1.000 Morgen gekauft. Die Korntaler der ersten Generation kannten nur den gemeinsamen Grundbesitz und gemeinsamen Gebrauch aller Güter, die die Gemeinde besaß. Ganz pfingstlich. Auch alle Wirtschaftsbetriebe, wie das Gemeindegasthaus oder die Gemeindehandlung, gehörten allen Brüdern gemeinsam.

Die Idee der Gleichheit aller taucht im 19. Jahrhundert in vielen Lebensbereichen und in mancherlei Spielarten auf. Die frühe Industrialisierung in dieser Zeit, das Elend der Arbeiter, die z. B. durch die Erfindung von Spinnmaschinen oder mechanischen Webstühlen ihren traditionellen Heimarbeitsplatz verloren hatten, brachten Marx und Engels und den Kommunismus auf den Plan.

Ihre Ideen waren für die Entwicklung Europas von wesentlicher Bedeutung. Von dem Weg Russlands und Chinas ganz zu schweigen.

Allen diesen Gedanken und Vorhaben und Idealen, die in unserer Gesellschaft durch fünf Jahrhunderte von Wichtigkeit waren, ist freilich eines gemeinsam: Sie hielten der Realität nicht stand.

Entweder kamen die Visionen gar nicht zustande, wie die Insel Utopia, oder sie funktionierten nur kurze Zeit, wie in Korntal, oder sie führten in die Irre. Weder die Vision des Thomas Morus noch der real existierende Sozialismus der Deutschen Demokratischen Republik führten in das erhoffte Paradies. Im Gegenteil: Was man mit einer Utopie zu lösen anstrebte, endete meist in einer schrecklichen Diktatur und wurde in dem so viel erfolgreicherem Kapitalismus eher verwirklicht.

Dies liegt ganz einfach daran, dass die Natur des Menschen im "idealen Staat" falsch eingeschätzt wird. Die arbeitenden Menschen wollen nach dem Maß ihrer Leistung, nicht nur nach ihren Bedürfnissen belohnt werden, und der "Lohn" sollte ihnen gehören – als Eigentum, das die Menschen hegen und bewahren wollen und ihren Kindern (oder Erben) weitergeben wollen.

Aber der Kapitalismus hat auch hässliche Züge. Der "Wohlstand für alle" wird oft unzureichend erreicht. Bei der Verteilung des durch die Gesellschaft Erarbeiteten fehlt oft das Maß derer, die Einfluss auf die Art und Weise der Verteilung haben; oder ererbtes Kapitalvermögen vermehrt sich schneller als durch Arbeit erworbenes Vermögen.

Der Staat hat schon früh begonnen, durch Steuern, die unterschiedlich nach dem Einkommen des Einzelnen festgelegt wurden, die Lasten ungleich zu verteilen, d. h. den Reichen höhere Steuern abzuverlangen. Wer mehr hat, soll zum Wohle des Gemeinwesens mehr beitragen. Die sozialen Probleme wurden aber durch das Steuersystem nie gelöst, und es wurde dadurch auch nie eine befriedete Gesellschaft geschaffen. Die Einen waren immer der Meinung, es würden zu wenig Steuern erbracht werden, die Anderen, sie hätten zu viel Steuerlast zu tragen.

Es wird auch durch die endlos diskutierte Erbschaftssteuer nicht gelöst werden können. Es ist sicher richtig, dass die Erben von Vermögen jeder Art einen Teil des Erbes für das Gemeinwohl besteuern müssen. Für die Erben großer Vermögen (auch in Form von Unternehmensanteilen) gilt dies allemal. Aber der Staat wird sehr darauf achten müssen, insbesondere die mittelständischen Unternehmen – an deren Erfolg alle partizipieren – nicht zu zerstören oder im Übermaß zu behindern.

Wie wichtig ein behutsames Vorgehen der Exekutive bei kritischen Themen ist, erleben wir in diesen Tagen in nie gekannter Deutlichkeit.

Früh hat man darüber nachgedacht, durch moralische Kategorien, denen sich viele unterwerfen, Ausgleich zwischen den Interessen der Gesellschaft zu schaffen.

In Freiburg bildete sich 1942 – Hitler war auf dem Höhepunkt seiner Macht – ein konspirativer Kreis von Wissenschaftlern um Walter Eucken, Adolf Lampe, Constantin von Dietze, Gerhard Ritter, auch "Bonhoeffer-Kreis" genannt, weil er auf Anregung von Dietrich Bonhoeffer zustande kam und evangelische Wissenschaftler zusammenführte. Dort dachte man über eine Wirtschaftsordnung nach Hitlers autoritärem staatsgeführten Wirtschaftssystem nach. Wettbewerb, offene Grenzen, Partizipation der Beschäftigten am Wohlstand sind die Stichworte.

1942 hat man gewagt, solches zu denken.

Die Gedanken der evangelischen Ethik und der sozialen Marktwirtschaft fanden schließlich Eingang in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. In Artikel 14 des Grundgesetzes ist in Abschnitt 2 zu lesen: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen."

Diese zunächst nicht eindeutig definierte Vorgabe, eher als moralischer Appell wirkend, wurde in den nächsten Jahrzehnten durch die angesprochenen Protagonisten in unterschiedlicher Weise umgesetzt.

Generell lässt sich aber sagen, dass die Neigung, wirtschaftlichen Erfolg mit Engagement für das Gemeinwohl zu verbinden, in Deutschland gewachsen ist. Kunst und Kultur, auch die Wissenschaft, wie der soziale Bereich und durchaus auch der Sport wurden unterstützt. Zunehmend besannen sich Unternehmer auf ihre Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl.

Ich weiß wohl – auch aus eigener Erfahrung –, dass nicht jeder Unternehmer zu jeder Zeit in der Lage ist, solches zu tun.

Die vornehmste Pflicht jedes Unternehmers ist es, Gewinn zu erzielen. Ohne Gewinn bewegen sich alle Gedanken zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit im luftleeren Raum.

Dieser Gewinn ist aber zunächst und zuvörderst für die Weiterentwicklung des Unternehmens einzusetzen. Dies für Entwicklung, für Investitionen und zur Finanzierung aller Zukunftsnotwendigkeiten. Erst wenn diese erfüllt sind, kann man Überschuss erzielen, und dann ergibt sich die Frage, wie mit diesem Überschuss umzugehen sei.



Es ist natürlich: Die Erfüllung einiger persönlicher Wünsche des Unternehmers wird wohl zuerst kommen. Dann persönliche Vermögensbildung, um das Risiko abzudecken. Und dann, und erst dann geht es um Überlegungen, wie wir sie heute anstellen.

Jeder, dem wirtschaftlicher Erfolg im Leben beschieden ist, steht vor dieser Herausforderung. Jeder hat die Wahl, welchen Weg er einschlagen will.

- Man kann sich ein Schloss in Tirol kaufen oder auch ein Hospiz für Sterbende einrichten.
- Man kann einen Wissenschaftspreis ausloben (und junge Forscher fördern) oder auch eine Yacht im Mittelmeer unterhalten.

Die Beispiele sind extrem gewählt, und es gibt auch durchaus Menschen, die jeweils beides tun. Aber es sollen die Alternativen, die bestehen, angesprochen werden. Es geht um eine grundsätzliche Haltung.

### 3. Stiftungen

Ein vorzügliches Instrument, um dem Anspruch der Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums dauerhaft zu genügen, ist die Einrichtung einer Stiftung. Große Unternehmen wie Bosch, Krupp, Bertelsmann, BMW, Deutsche Bank oder auch VW (als halbstaatliches Unternehmen) haben große Stiftungen eingerichtet. Die wenigen genannten Namen sind nur eine zufällige Auswahl und stehen für eine große Anzahl an Unternehmen. In Deutschland gibt es zurzeit nach einer Schätzung des Deutschen Stifterverbandes über 21.000 aktive Stiftungen durch deutsche Gründer oder deutsche Unternehmen. Insgesamt sind rund 100 Milliarden Euro Kapital in Stiftungen gebunden (Stand 2016). Jährlich entstehen 500 bis 600 neue private Stiftungen.

Die Anliegen der bestehenden Stiftungen sind fast so zahlreich wie die Stiftungen selbst. Es gibt vielfach durchaus das Ziel, soziale Nachteile zu überwinden. Die Stiftung, die meinen Namen trägt, beschäftigt sich mit den vier Schwerpunkten Wissenschaft, Kultur, Kirche und Soziales. Die Förderung des Sozialen steht dabei nicht im Vordergrund.

Dies ist auch natürlich, denn wir leben in Deutschland in einem dicht ausgebauten Sozialstaat, der viele Nöte auffängt. Immer bleibt freilich die Aufgabe, über materielle Versorgung hinaus auch seelische Armut und Not zu lindern und sich Gedanken um die Werte zu machen, die unser Leben bestimmen.

Ein Blick in die Vereinigten Staaten von Amerika zeigt eine gänzlich andere Situation. Das ungeschriebene Gesetz in den USA, dass Reichtum Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft bedeutet, ist bis heute wirksam. Das amerikanische Leben ist ohne private Stiftungen nicht denkbar. Die Qualität der unvergleichlichen amerikanischen Eliteuniversitäten z. B. wäre ohne die enormen Beiträge der privaten Spender nicht zu erreichen.

Die Tradition des Stiftens hält im Land der unbegrenzten Möglichkeiten bis heute an. Man denke an die Beiträge der Software-Milliardäre Bill Gates oder Mark Zuckerberg.

Große Stiftungen, die Bemerkung sei mir erlaubt, scheinen leichter zu erfolgen, wenn große Vermögen schnell entstehen. Dies gilt für Rockefeller's Ölmilliarden ebenso, wie für Zuckerberg's Software-Reichtum. Die Vermögen sind sozusagen "körperlos" entstanden, schnell und fast ohne eigenes Zutun, sieht man von der entscheidenden Initialidee ab.

Wenn ein Unternehmen mühsam über Jahrzehnte aufgebaut wird – mit immerwährendem persönlichem Einsatz, mit Rückschlägen und Erfolgen im Wechsel, mit dem schrittweisen (oft mühsamen) Aufbau von Fabriken, mit jahrelangen Mühen um erfolgreiche Produkte –, besteht eine engere Verbindung zum Unternehmen.

Damit sind die deutschen Verhältnisse angesprochen. Hierzu-  
lande erfolgt in aller Regel alles wirtschaftliche Tun eher kleinteili-  
ger, mühsamer, und es dauert auch länger. Auch gesellschaftliche  
Überzeugungen folgen diesem Muster.

#### **4. Ich möchte zusammenfassen:**

Die Marktwirtschaft – dies wurde wiederholt dargelegt – ist die  
Wirtschaftsform, die der größten Zahl der Menschen den größten  
allgemeinen Wohlstand verschafft.

Gleichwohl werden die Ergebnisse ungleich verteilt. Dies ergibt  
sich aus den Grundbedingungen der Marktwirtschaft. Der Ein-  
zelne wird nach seinem Beitrag entlohnt, und die Beiträge sind  
nun einmal unterschiedlich. So unterschiedlich wie die Talente der  
Teilnehmer am wirtschaftlichen Geschehen selbst.

Es wird wohl mit Recht erwartet, dass die durch das wirtschaftli-  
che Geschehen besonders Begünstigten sich besonders engagie-  
ren. Es gibt eine Gemeinwohlpflichtigkeit der Privilegierten. Diese  
erschöpft sich nicht nur in der Ableistung freiwilliger monetärer  
Beiträge für einzelne Projekte. Es reicht, salopp formuliert, für ei-  
nen erfolgreichen Wirtschaftsmenschen nicht, einmal im Leben in  
seiner Wohngemeinde einen Kindergarten zu stiften. Es gehören  
– für mich – der persönliche Einsatz für das Gemeinwohl und das  
monetäre Engagement dazu.

Mit "privilegiert" meine ich alle, die durch Ausbildung, Talent, Fleiß oder auch durch glückliche Umstände in eine wirtschaftlich herausgehobene Position gelangt sind. Wahrlich nicht nur Unternehmer.

Der Weg, eine gemeinnützige Stiftung einzurichten, bedeutet gewissermaßen, die Entscheidung für das Gemeinwohl zu institutionalisieren. Die Stiftung hat eben nicht mehr den Charakter des Zufälligen einer einmaligen Hilfe (aber sie ist natürlich nur eine der vielen Möglichkeiten).

Dazu kommt: Die Stiftung belohnt auch den Stifter. Er begegnet – durch die Tätigkeit der Stiftung – Neuem und Unbekanntem, und sein Blick weitet sich.

Entscheidend aber bleibt die Erkenntnis, dass jeder, dem wirtschaftlicher Erfolg zuteilwird, verpflichtet ist, diesen Erfolg mit dem persönlichen Einsatz für das Gemeinwohl zu verbinden. Für einen Christen ist dies ohnehin selbstverständlich.

"Die Gemeinwohlpflichtigkeit der Privilegierten" –  
Wenn dieser Satz hängen bliebe, wäre ich schon zufrieden.